

Zeltweger

NACHRICHTEN

Eine wichtige Stimme

im Gemeinderat

*Wir ersuchen
um Ihr
Vertrauen!*

*KPÖ-Gemeinderat
Peter Lorberau*



KPÖ

LISTE 3

www.kpoe-steiermark.at



KPÖ-Gemeinderat
Peter Lorberau

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!

Unter dem Motto „**Eine wichtige Stimme im Gemeinderat**“ kandidiere ich als Spitzenkandidat der KPÖ. Nach dem Ausscheiden von Ernst Wieser vertritt ich die KPÖ seit knapp zwei Jahren im Gemeinderat. Ich war jahrelang in der Gewerkschaftsbewegung aktiv und Betriebsrat in der Voest Alpine.

Die Gemeindepolitik war Neuland für mich. **Inzwischen habe ich mich als Gemeinderat und Obmann des Prüfungsausschusses gut eingearbeitet.** Ich habe schon einiges erreicht, z.B. den Behindertenparkplatz im Einkaufszentrum. Dass nun wichtige Tagesordnungspunkte nicht mehr, wie bisher üblich, in der nicht-öffentlichen Sitzung des Gemeinderates verhandelt werden, ist wichtig für die Gemeindedemokratie und das ist auf Grund meiner Kritik geschehen.

Die KPÖ steht für soziale Gerechtigkeit und ist auf der Seite der arbeitenden Menschen. Wir sind gegen Privilegien und für eine Umverteilung des Reichtums. Um diesen Weg fortsetzen zu können brauche ich Ihre Unterstützung.

Ich ersuche Sie deshalb um Ihr Vertrauen.

Ihr KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau



Ing. Eduard Krivec

Eine Stimme für die KPÖ ist eine Stimme für die Menschen in unserer Stadt

Seit vielen Jahrzehnten, mit einer Unterbrechung, ist die kommunistische Fraktion im Zeltweger Gemeinderat vertreten. Ich selbst gehörte diesem Gremium bis zu meinem freiwilligen Ausscheiden 25 Jahre an.

Als kleine Fraktion können und wollen wir vor einer Wahl keine großen Versprechungen machen. **Unser Leitsatz war und ist: Initiative, Kontrolle und Information.** Wir treten im Gemeinderat vor allem für jene Menschen ein, die sonst oftmals durch den Rost fallen. Unsere Kontrolle in der Gemeindestube können wir objektiv ausüben ohne auf Regierungs- und Landtagsbeschlüsse Rücksicht nehmen zu müssen. Mit unseren gern gelesenen Zeltweger Nachrichten informieren wir die ZeltwegerInnen über das was im Gemeinderat geschieht vor allem auch über unsere Arbeit.

Peter Lorberau bringt als Spitzenkandidat unserer Fraktion für die Anforderungen, die an einen Gemeinderat gestellt werden, die besten Voraussetzungen mit. Seine langjährige Erfahrung als Betriebsrat ist für seine Tätigkeit als Gemeinderat ein zusätzliches wichtiges Fundament. **Eine Unterstützung der KPÖ mit Peter Lorberau bringt eine ehrliche und verlässliche Stimme im Gemeinderat für die Menschen in unserer Stadt.**

Ing. Eduard Krivec

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten:

1. Peter Lorberau, geb. 1949, Universalhärter
2. Erika Friesacher, geb. 1940, Hausfrau
3. Alois Seidl, geb. 1949, Pensionist
4. Ing. Eduard Krivec, geb. 1949, Pensionist

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!

Für eine kleine Partei ist jede Wahl eine „Schicksalswahl“. Wenige Stimmen können darüber entscheiden, ob wir weiterhin im Gemeinderat vertreten sind.

Wenn Sie der Meinung sind, es ist gut, dass die KPÖ im Zeltweger Gemeinderat vertreten ist und wenn Sie weiterhin durch unsere Gemeindezeitung „Zeltweger Nachrichten“ informiert werden wollen, ersuchen wir Sie um Ihre Stimme.

LISTE 3  **KPÖ**

**Die oben richten sich's -
Wir zahlen die Zeche**

Für Gerechtigkeit!

www.kpoe-steiermark.at



KPÖ
im Gemeinderat

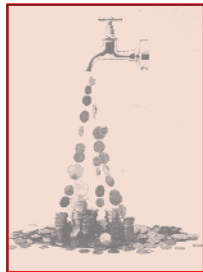
Dafür steht die KPÖ:

Für einen Gebührenstopp

Alles wird teuer. Die breite Masse der Bevölkerung wird schon genug belastet. Die Wirtschaftskrise hat die Lage noch verschärft. Ein Gebührenstopp muss her!

Mehr Geld für die Gemeinden

In der Gemeinde spielt sich das tägliche Leben der Menschen ab. Deshalb brauchen die Gemeinden auch die nötigen Mitteln. Anstatt über die leeren Steuertöpfe zu jammern, sollte das Geld dort geholt werden, wo es reichlich vorhanden ist. Deshalb ist die KPÖ für die Einführung einer Reichensteuer aktiv, deren Ertrag auch den Gemeinden zu gute kommen soll.



Für den Erhalt öffentlichen Eigentums

Privatisierung und Ausgliederung haben sich als Nachteil für die Beschäftigten und für die KundInnen erwiesen. Die Krise hat gezeigt, wer für den Privatisierungswahn der letzten Jahre bezahlen muss. Werden Gewinne gemacht, fließt das Geld in private Taschen. Kommt es zu einer Krise, dürfen der Staat und damit die SteuerzahlerInnen die Kosten tragen.

Auf Grund der Finanznöte der Gemeinden wird der Druck steigen, das Familiensilber zu verkaufen. Die KPÖ ist der Meinung, dass vor allem die Bereiche der Daseinsvorsorge, wie z.B. Wasser, Müllentsorgung, Wohnungen, Energie, Gesundheitswesen, Pflege oder Verkehr in öffentlicher Hand bleiben müssen.

Gegen Politikerprivilegien

Die KPÖ war immer schon der Meinung, dass die PolitikerInnenbezüge zu hoch sind. Wir haben als einzige Partei gegen die Pläne von Städte- und Gemeindebund gestimmt, die Bezüge wieder kräftig zu erhöhen. Seitdem KPÖ PolitikerInnen in Funktionen sind, die mit einem hohen Einkommen verbunden sind, gibt es den KPÖ-Sozialfonds. Dorthin wird von den KPÖ-Landtagsabgeordneten und StadträtInnen ein wesentlicher Teil ihres Einkommens einbezahlt, um Menschen zu helfen, denen es nicht so gut geht. Im Zeltweger Gemeinderat wurde unser Antrag auf Senkung der Bezüge der Ausschussvorsitzenden von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Für mehr Gemeindedemokratie

In den letzten Jahren hat es sich seitens der Gemeindeverantwortlichen eingebürgert, wichtige Beschlüsse in der nicht-öffentlichen Sitzung des Gemeinderates zu behandeln. Hier geht es um Steuermittel der ZeltwegerInnen. Es gibt keinen Grund die Öffentlichkeit auszuschließen. Wir haben diese Vorgangsweise kritisiert.

Für die MieterInnen

Eine leistbare Wohnung ist eine wesentliche Bedingung für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde. Wir haben uns gegen den Verkauf der Bundeswohnungen ausgesprochen und die MieterInnen informiert. Im Gemeinderat sind wir dafür eingetreten, dass die Mieten nicht erhöht werden.

Im Landtag sind wir für eine Verbesserung der Organisation der Wohnbeihilfenstelle eingetreten, damit die MieterInnen nicht mehr so lange auf die Wohnbeihilfe warten müssen. Auch die Anhebung der Wohnbeihilfe ist unser ständiges Anliegen. Damit die MieterInnen zu ihrem Recht kommen führen wir Mietrechtsberatungen durch.



Für einen Heizkostenzuschuss

Schon einmal haben wir den Antrag gestellt, die Gemeinde solle für Menschen mit geringem Einkommen einen Heizkostenzuschuss einführen. Leider wurde unser Antrag abgelehnt. Die Wirtschaftskrise macht diese Unterstützung besonders notwendig und wir wollen uns wieder dafür einsetzen.

Für Arbeitsplätze mit fairer Bezahlung

Die Menschen brauchen Arbeitsplätze mit einer Bezahlung von der man/frau gut leben kann. Das ist wichtig für die Entwicklung unserer Stadt, unserer Region und unserer Gesellschaft. Gerade jetzt müsste die öffentliche Hand investieren und Arbeitsplätze schaffen, anstatt die Ausgaben zurückzufahren. Die KPÖ ist für ein Beschäftigungsprogramm der öffentlichen Hand. Arbeitsplätze sollen geschaffen werden: z.B. in der Pflege, im Gesundheits- und Bildungswesen, durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, durch eine Wohnbauoffensive und die Sanierung öffentlicher Gebäude, die Erforschung und den Ausbau erneuerbarer Energie.

Für Neutralität und gegen Aufrüstung

Seit Jahrzehnten setzt sich die KPÖ konsequent für unsere Neutralität und gegen Militarisierung und Aufrüstung, wie z.B. den Ankauf der Eurofighter, ein. Das Aichfeld wird immer mehr zur Militärregion. Das ist keine gute Entwicklung. Wir sind für die Ansiedelung neuer, ziviler Projekte. Um den Belastungen durch die Eurofighter zu vermindern braucht es einen verbindlichen Flugeinsatzplan.

Für soziale Gerechtigkeit

Es darf nicht sein, dass in unserem Land immer mehr Menschen arbeitslos und an und den Rand gedrängt werden, während eine kleine Elite immer reicher wird.

Es geht auch anders:

KPÖ PolitikerInnen spenden einen großen Teil ihres Einkommens

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen sind, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt.



Seitdem die KPÖ im Landtag ist, gibt es auch in der Obersteiermark den KPÖ-Sozialfonds. LAbg. Renate Pacher (links) und DSA Karin Gruber führen regelmäßige Sozialberatungen durch.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.000 Euro im Monat. LAbg. Renate Pacher behält 1.900 Euro. Das ist ihr einziges Einkommen. Jedes Jahr legen die KPÖ-MandatarInnen offen, wofür diese Gelder verwendet wurden.

Ist Wahlverweigerung ein wirksamer Protest?

Viele Menschen sagen, dass sie gar nicht zur Wahl gehen wollen.

Die Enttäuschung der Menschen über die Politik ist berechtigt, denn die herrschenden Parteien handeln im Interesse der Eliten und der Konzerne. Die EU wirkt dabei noch als Brandbeschleuniger für alle Verschlechterungen.

Nur: nicht zur Wahl zu gehen bewirkt gar nichts. Das zeigt das Beispiel der letzten Zeltweger Gemeinderatswahlen: 1995 waren in Zeltweg 174 Stimmen nötig um ein Mandat zu erreichen. Inzwischen ist die Wahlbeteiligung dramatisch gesunken. Diese Wahlverweigerung hat nur bewirkt, dass bei den Wahlen 2005 nur mehr 152 Stimmen für ein Mandat benötigt wurden. Bei der SPÖ ist - trotz Stimmenverlusten - die Anzahl der erreichten Mandate gleich geblieben.

Für die Erlangung des Wahlrechtes haben Menschen gekämpft und sind sogar dafür gestorben. **Dieses Recht nicht ausüben zu wollen stärkt nur die Mächtigen und bringt keinerlei Veränderung.**

Abrechnung KPÖ-Sozialfonds Renate Pacher

Jänner bis Dezember 2009

EINNAHMEN:

Einzahlungen Renate Pacher	16.300,21 Euro
Übertrag Rest von 2008:	1.052,14 Euro
Zinsen 2008:	7,75 Euro
Summe	17.360,10 Euro

AUSGABEN:

Für 237 Unterstützungsfälle:	17.410,56 Euro
Saldo:	-50,46 Euro

2009 KPÖ insgesamt:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2009: 163.897,64 Euro für 1.311 Personen. Seit 1998 wurden 6.683 Personen mit einer Gesamtsumme von 965.184,87 Euro unterstützt. Das sind mehr als 13 Millionen Schilling.

Sozialfonds Pacher Renate insgesamt:

Seit Oktober 2005 gab es 755 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 64.406,73 Euro unterstützt wurden.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.000 Euro im Monat. LAbg. Renate Pacher behält 1.900 Euro. Das ist ihr einziges Einkommen. Jedes Jahr legen die KPÖ-MandatarInnen offen, wofür diese Gelder verwendet wurden.

Wollen Sie mit uns Kontakt aufnehmen oder Ihre Meinung sagen?

KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau
Tel.: 0664/404 7721
E-Mail: p.lor@hotmail.com
KPÖ Knittelfeld-Zeltweg:
Tel.: 03512/ 82240
E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

LISTE 3  **KPÖ**

Die KPÖ ist vielen Bereichen aktiv und nimmt zu den täglichen politischen Ereignissen Stellung. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Im Internet sind wir unter www.kpoe-steiermark.at erreichbar.